

# Kommunalwahl 9. Juni 2024: Wem geben Sie Ihre Stimmen?

## Bündnis für Asyl, Menschenwürde und Verantwortung

# Wer setzt sich wie für eine „Solidarische Stadtgesellschaft“ in Nürtingen ein?

Die Fraktionen und Listen\* antworten hier auf unsere Fragen.

\* Von FDP und NT14 haben wir keine Antworten bekommen.



<b>1 Miteinander in Nürtingen</b> 1.1. Das Bündnis setzt sich ein für eine „solidarische Stadtgesellschaft“. Was verstehen Sie darunter? Welche Ideen haben Sie dazu? 1.2. Die Kommunen gelten als „Motor für Integration“. Was heißt das für Sie? 1.3. Würden Sie Anträge von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen oder zivilgesellschaftlichen Gruppen zur Förderung der Demokratie und für Extremismusprävention unterstützen?	<b>1 Miteinander in Nürtingen</b> Die CDU-Gemeinderatsfraktion ist ihrer Verantwortung stets nachgekommen. Wir haben die Beschlüsse zur Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Menschen mitgetragen. Darin unterscheiden wir uns von anderen Fraktionen, die aus faden-scheinigen Gründen z.B. die Unterkunft im Roßdorf abgelehnt haben (übrigens jeweils kurz vor einer Wahl). Das war wenig solidarisch. Im Kreistag machen wir die Erfahrung, dass das Programm für Demokratie und Toleranz vor allem der Geldverteilung für die „üblichen Verdächtigen“ dient. Die Wirkung über die eigene Blase hinaus geht gegen Null. Öffentliche Programme müssen gut begründet sein und sind keine Gelddruckmaschine für linke Gruppen. Wer im Übrigen will, dass AfD und Sarah Wagenknecht weniger Stimmen bekommen, muss eine andere und bessere Politik machen. Bei der Bundestagswahl 2021 - also vor zweieinhalb Jahren - lag die AfD knapp über 10 Prozent. Heute liegen sie beide zusammen bei 25%.	<b>1 &amp; 2 Miteinander in Nürtingen und gesellschaftliche Teilhabe</b> Eine gute Zusammenfassung, was unter einer solidarischen Stadtgesellschaft verstanden werden kann, finden sie hier: LL_Solidarische und engagierte Stadtgesellschaft.pdf (muenchen.de). Zitat aus der Jahresabschlussrede 2018: „Ab '45 kamen Flüchtlinge und Heimatvertriebene, die Einwohnerzahl im Zentrum des Pietkongs explodierte. Die Fremden brachten eine andere Religion, neue Bräuche und teils andere Kulturen mit. Im Januar vor 70 Jahren appellierte der Vertriebene, Reinelt Franz, Gemeinderat in Nürtingen, vor seinen Kollegen: „Nach dem Gesetz steht uns wohl Gleichberechtigung zu, aber deren Durchführung ist ungenügend.“ Wie dieses Zitat zeigen soll, wird eine solidarische Stadtgesellschaft, vielfältig und integrativ seit jeher praktiziert und eingefordert. Es bedarf neben den Regeln und Gesetzen vielmehr einer inneren Haltung und Überzeugung. Gemäß der Losung: Eine Demokratie braucht Demokraten. Hervorragende Angebote zur Demokratieförderung gibt es u.a. bei der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesjugendring, Gewerkschaften und weiteren zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Angebote werden auch von diversen Wohlfahrtsverbänden beworben. Grundsätzliche entscheiden wir vor Ort und sachbezogen, ob Anträge unterstützt werden. Wir lehnen jede Form von Extremismus ab. Bildung und Verständigung, das Erlernen der deutschen Sprache, ist ein wesentlicher Schlüssel für Teilhabe. Wir unterstützen u.a. die VHS in Ihrem Sprachförderungsangebot und werden uns für weitere Angebote zu Demokratieförderung und Gemeinschaftskunde stark machen. Es bedarf auch dem individuellen Willen sich einbringen zu wollen.	<b>1 Miteinander in Nürtingen</b> 1.1 Ein friedliches, empathisches Miteinander aller Nationalitäten, Ethnien und Religionen. Schaffung von räumlichen Möglichkeiten zum Treffen, Kennenlernen. Abbau von Vorurteilen. Gegenseitiger Respekt, Hilfe. 1.2 - Bauliche und strukturelle Barrierefreiheit in unserer Stadt - Unbürokratischen Zugang zu den notwendigen, auch professionellen Hilfen - Eine besonnene, faktenbasierte und menschliche Migrationspolitik - Entwicklung neuer Wohnmodelle, insbesondere auch für ältere Menschen - Bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger*innen - Spiel- und Freiräume für Kinder und Jugendliche - Zugang zu qualifizierten Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsangeboten - Gleiche Teilhabechancen für alle, unabhängig von Einkommen und Herkunft - Mehr Frauen in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen - Die Förderung des Bürgerengagements und frühzeitige, professionell durchgeführte Bürgerbeteiligungen - Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen 1.3 Ja	<b>1 Miteinander in Nürtingen</b> 1.1. Wir als SPD verstehen unter „solidarischer Gesellschaft“ eine Gemeinschaft, die sich miteinander austauscht, dabei unterschiedliche Meinungen und Lebensentwürfe toleriert und sich im Bedarfsfall gegenseitig hilft und unterstützt. Das setzt voraus, dass jeder / jede offen ist und bleibt für neue Erfahrungen und Ideen. Es darf keiner in dieser Gesellschaft vergessen werden. 1.2. Ob die Kommunen per se wirklich der alleinige „Motor für Integration“ sind, wagen wir zu bezweifeln. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage sich zu öffnen und andere in ihre Gesellschaft, Umgebung und ihre Lebenswirklichkeit zu integrieren. Hier geht es aber nicht um theoretische Überlegungen, sondern um praktisches Denken und Handeln und um Fairness im Umgang mit seinen Mitmenschen. Die Kommunen haben die Aufgabe die Rahmenbedingungen für Integration zu schaffen – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. 1.3. Ja.
<b>2 Gesellschaftliche Teilhabe</b> 2.1. Was ist Ihrer Meinung nach notwendig, um die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen auf kommunaler Ebene zu fördern? Wofür würden Sie sich stark machen? 2.2. Was kann die Stadt tun, was würden Sie tun, um die sprachliche Förderung von geflüchteten Menschen, die derzeit problematisch ist, zu verbessern?	<b>2 Gesellschaftliche Teilhabe</b> Wir unterstützen alle Maßnahmen, die die Menschen in Arbeit führen. Denn ein selbstbestimmtes Leben ist die beste Form der Teilhabe. Die Volkshochschule erhält für den Fachbereich Integration eine weitere 60%-Stelle. Aber auch hier spüren wir: Es sind einfach zuviele.	<b>2 Gesellschaftliche Teilhabe</b> 2.1 Für einen unbürokratischen Zugang zu den notwendigen, auch professionellen Hilfen. Eine besonnene, faktenbasierte und menschliche Migrationspolitik. Zugang zu qualifizierten Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsangeboten. Gleiche Teilhabechancen für alle, unabhängig von Einkommen und Herkunft. 2.2 Zusammen mit Trägern von Sprachkursen wie VHS, Bruderhausdiakonie etc. Möglichkeiten für Kursangebote suchen, auch unter Einsatz von nicht-zertifiziertem oder ehrenamtlichen Personal.	<b>2 Gesellschaftliche Teilhabe</b> 2.1. Grundsätzlich muss für alle Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Das gilt jedoch nicht nur für geflüchtete Menschen, sondern auch für alle Menschen, ob junge Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten oder ältere Menschen. Es kann nur durch ein Vielzahl von Maßnahmen erreicht werden, deren Grundlage aber die Sensibilisierung für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung, Politik und Gesellschaft ist. 2.2. Mehr sprachliche Förderung anbieten und mehr qualifizierte Mitarbeiter dafür bereitstellen. Mehr Menschen für ein diesbezügliches Ehrenamt gewinnen. Aber eine Möglichkeit wäre auch, dass die geflüchteten Menschen schneller arbeiten dürfen. Dadurch wäre es auch möglich, Begegnungen zwischen geflüchteten Menschen und Bürgerinnen und Bürger der Stadtgesellschaft zu schaffen.	<b>2 Gesellschaftliche Teilhabe</b> 3.1 Der „Fachrat für interkulturelles Zusammenleben“ ist ein wichtiges Gremium die Integration von geflüchteten Menschen zu fördern. Durch seine heterogene Zusammensetzung kann er zum erdumzunehmenden „Sprachrohr“ und Öffentlichkeitsarbeiter für die Integration von Migranten in die Stadtgesellschaft werden. Der Fachrat sollte viel öfter Stellung beziehen zu aktuellen politischen Themen. 3.2. Ja.
<b>3 Integration und Zusammenleben</b> 3.1. Welche Erwartungen haben Sie an den „Fachrat für interkulturelles Zusammenleben“? 3.2. Der Nürtinger Gemeinderat hat 2019 das Integrationskonzept verabschiedet. Darin wird der Ist-Zustand dargestellt und notwendige Maßnahmen wurden formuliert. Würden Sie eine Evaluation der bisherigen Umsetzung und eine Weiterentwicklung des Integrationskonzepts befürworten?	<b>3 Integration und Zusammenleben</b> Der Fachrat hat nach unserer Wahrnehmung bisher keine breitere Ausstrahlung entwickeln können. Insbesondere nicht in die Zielgruppe hinein. Das Integrationskonzept ist ein umfangreicher Maßnahmenkatalog, der - auch coronabedingt - noch nicht in Gänze angepackt werden konnte. Man muss auch mit den gegebenen Möglichkeiten leben: Integration ist nur eine der Aufgaben, die sich einer Stadt stellen. Sollten Sie konkreten Änderungs- oder Weiterentwicklungsbedarf sehen, stellen Sie diesen bitte zur Diskussion (und lassen uns nicht raten).	<b>3 Integration und Zusammenleben</b> 3.1. Vermittlung bei Spannungen zwischen Nationalitäten, Ethnien oder Religionen sowie bei prekären sozialen oder Wohnverhältnissen 3.2. ja	<b>3 Integration und Zusammenleben</b> 3.1. Ja, die SPD hat sich auch gegen die Reduzierung der Personalstellen im Bereich Integration ausgesprochen. 3.2. Ja.	<b>3 Integration und Zusammenleben</b> 3.1 Der „Fachrat für interkulturelles Zusammenleben“ ist ein wichtiges Gremium die Integration von geflüchteten Menschen zu fördern. Durch seine heterogene Zusammensetzung kann er zum erdumzunehmenden „Sprachrohr“ und Öffentlichkeitsarbeiter für die Integration von Migranten in die Stadtgesellschaft werden. Der Fachrat sollte viel öfter Stellung beziehen zu aktuellen politischen Themen. 3.2. Ja.
<b>4 Verwaltung und Personal</b> 4.1. Würden Sie begründete Anträge der Stadtverwaltung unterstützen, wenn es um die personelle Aufstockung für die Beratung geflüchteter Menschen geht? 4.2. Würden Sie eine personelle und inhaltliche Ausweitung des Integrationsbüros, zum Beispiel für die Begleitung von Geflüchteten befürworten? 4.3. Wie reagieren Sie, wenn Sie von diskriminierendem Verhalten von Verwaltungsmitarbeiter:innen Kenntnis bekommen? Befürworten Sie die Einführung verpflichtender Weiterbildungen zum Umgang mit Vielfalt und gegen Diskriminierung für Mitarbeitende in der Verwaltung?	<b>4 Verwaltung und Personal</b> Bei der Beratung von geflüchteten Menschen stoßen wir inzwischen auch an personelle Grenzen. Wobei der Arbeitsmarkt leergefegt ist. Unser Vorschlag ist, dass diejenigen, die sich so für das Hierbleiben von z.T. illegal Eingereisten einsetzen, hier einen Schwerpunkt ihres ehrenamtlichen Engagements legen. Zum Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den publikumsintensiven Bereichen unserer Verwaltung (z.B. Bürgeramt und Ausländerbehörde) musste die Stadt wieder einen Sicherheitsdienst beauftragen. Es spielten sich z.T. entwürdigende Szenen ab. Natürlich müssen sich Verwaltungsmitarbeiter „professionell“ gegenüber den Menschen verhalten. Sie müssen sich aber auch nicht alles bieten lassen!	<b>4 &amp; 5 Verwaltung und Personal und Aufnahmebereitschaft und Wohnraum</b> Kleine, integrierte Einheiten zur Unterbringung geflüchteter Menschen ziehen wir großen Einheiten am Stadtrand vor. Die Verteilung sollte dezentral im gesamten Stadtgebiet erfolgen. An dieser Position hat sich in den vergangenen 10 Jahren wenig geändert. Auch das Projekt „Türöffner“ wurde unterstützt. Das Projekt „Türöffner2“ dient zur Aktivierung privaten Wohnraums. Die Personalstellen zur Betreuung von geflüchteten in den neu geplanten Unterkünften haben wir unterstützt. Diskriminierendes Verhalten, egal aus welcher Richtung lehnen wir ab. Dass zwischenzeitlich Security im Rathaus beschäftigt wird, ist für uns ein Warnhinweis, dass hier etwas aus den Fugen geraten kann. Verbindlichere Bildungs- und Sprachangebote wünschen wir uns.	<b>4 Verwaltung und Personal</b> 4.1. ja 4.2. ja 4.3. Da gab es schon vor Jahren Anregungen, teilweise auch umgesetzt. Eine Nachfrage nach dem derzeitigen Stand ist sicher sinnvoll.	<b>4 Verwaltung und Personal</b> 4.1. Ja, die SPD hat sich auch gegen die Reduzierung der Personalstellen im Bereich Integration ausgesprochen. 4.2. Ja, nur durch Personal können die Menschen auch unterstützt und begleitet werden. 4.3. Bei diskriminierendem Verhalten von Verwaltungsmitarbeitenden muss das Gespräch mit den Vorgesetzten gesucht werden, um über die Situation und die Hintergründe offen zu reden. Nur so kann auch eine Veränderung bzw. ein Bewusstsein für die Reaktion aller Beteiligten erreicht werden. Ein offenes Gespräch, an dem alle Beteiligten teilnehmen, ist wichtig. Grundsätzlich sollte es Weiterbildung geben.
<b>5 Aufnahmebereitschaft und Wohnraum</b> 5.1. Wie könnten Sie für benachteiligte Bürger:innen in Nürtingen einen besseren Zugang zu Wohnraum ermöglichen? 5.2. Welche Möglichkeiten sehen Sie als Kommunalpolitiker:in für mehr Akzeptanz der Nürtinger Bürger:innen für die Unterbringung von Geflüchteten zu werben? 5.3. Was machen Sie, wenn in einem Stadtteil ein Gebäude für geflüchtete Menschen gekauft oder errichtet werden soll und Sie davon erfahren, dass die Nachbarschaft dagegen Stimmung macht?	<b>5 Aufnahmebereitschaft und Wohnraum</b> Der Gemeinderat hat mit Stimmen der CDU eine Sozialquote bei Wohnungsneubauten von 20 Prozent beschlossen. Darüber hinaus muss weitere 20 Prozent preisgünstiger (d.h. 10% unter Marktpreisen) Wohnraum geschaffen werden. Wir sehen unseren Schwerpunkt der nächsten fünf Jahre darin, dass leistungskräftige Familien und Personen selbst für sich Eigentum schaffen können. Dazu braucht es entsprechendes Bauland und den Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Dass Flüchtlingsunterkünfte bei der Nachbarschaft nicht immer gut gelitten sind, hängt z.T. auch an schlechten Erfahrungen, die gemacht wurden. In Oberensingen z.B. gab es einerseits ein verantwortungsvolles Miteinander des Bürgerausschusses und andererseits natürlich auch die Skepsis bei den Anwohnern. Das muss einfach auch akzeptiert und toleriert werden. Eine Stimmungsmache seitens der Nachbarschaften sehen wir nicht. Es hat jeder das Recht, auch unbequeme Meinungen zu äußern.	<b>6 Stadt, Landkreis und Bund</b> Die Zuweisung von Geflüchteten an den Landkreis erfolgt nach einem Schlüssel, welcher überdacht werden sollte. Bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten durch den Landkreis sollte die Bürgerschaft im Vorfeld informiert werden. Als Stadträte sind wir in die Entscheidungsfindung des Landkreises nicht eingebunden. Unser Ziel ist es, Nürtingen mit seinen Ortschaften, Raidwangen, Neckarhausen, Hardt, Zizishausen, Reudern und dem Teilort Oberensingen zu einer Perle am Neckarstrand im Albvorland zu machen und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern. Hierfür übernehmen wir Verantwortung.	<b>5 Aufnahmebereitschaft und Wohnraum</b> 5.1. 5.1 Konsequente Anwendung der Nürtinger Sozialquote. Noch in diesem Jahr Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft, die von uns stark unterstützt wird. Vorrangiges Ziel ist es, sozial geförderten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bzw. zu bauen. 5.2. Gespräche zur Akzeptanz. Thema im Gemeinderat bzw. KA immer wieder thematisieren. Einfordern einer menschenwürdigen Unterbringung Geflüchteter mit ausreichend sozialer Betreuung und pädagogisch geschulten Hausmeistern. Ggf. Traumatherapie einfordern. Begegnungsmöglichkeiten fördern. Alle Maßnahmen, die die Integrationschancen erhöhen, führen – im besten Fall – zu mehr Akzeptanz. 5.3. Aufklärend und vermittelnd wirken.	<b>5 Aufnahmebereitschaft und Wohnraum</b> 5.1 Es gibt eine Vielzahl von Handlungsmaßnahmen: u. a. durch die Gründung einer städtischen Wohnungsbau-gesellschaft oder durch die Erweiterung des Projektes „Türöffner“ oder durch das Einsetzen von Quartiersmanagern. 5.2 Mehr Akzeptanz kann durch neutrale Information und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, aber auch dadurch, dass es Begegnungsstätten und Veranstaltungen gibt, die das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen fördern. 5.3 Wenn sich in einem Quartier Unmut über ein Gebäude, in dem geflüchtete Menschen leben sollen, geäußert wird, dann kann dem nur dadurch begegnet werden, dass die Verwaltung offen zu Gesprächen einlädt und dass gemeinsam eine Willkommenskultur entwickelt wird. Dabei ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürgern, die offen den geflüchteten Menschen gegenüber stehen, mit ihren Vorschlägen gehört und unterstützt werden. Siehe Situation in der Braike, dort gibt es Bürgerinnen und Bürger, die sich Angebote für die Menschen, die dort einziehen sollen, überlegt und entwickelt haben. Aber nicht nur die Stadtverwaltung ist hier gefragt, sondern auch der Gemeinderat.
<b>6 Stadt, Landkreis und Bund</b> 6.1. Die Stadt Nürtingen hat eine dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen beschlossen. Wie würden Sie reagieren, wenn plötzlich – ohne entsprechenden Vorlauf – der Landkreis 200 Geflüchtete innerhalb von vier Wochen in einem Containerdorf unterbringen will? 6.2. Im Landkreis Esslingen gibt es Städte, in denen es keine Erstunterbringung gibt, zum Beispiel Leinfelden-Echterdingen. Welche Ideen könnten Sie für eine ausgewogene Verteilung einbringen? 6.3. Der Bund entscheidet über die Möglichkeit der legalen Einreise für einen bestimmten Personen-kreis und verschärft Gesetze zur Abschiebung. Letztendlich sind es jedoch die Kommunen, auf denen die Verantwortung für die Umsetzung migrationspolitischer Entscheidungen liegt. Würden Sie sich mehr (Ermessens)Spielräume, Entscheidungs- und Gestaltungsmacht auf kommunaler Ebene wünschen? 6.4. Wie würden Sie mit der Forderung aus der Zivilgesellschaft für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen? 6.5. Der Bund hat die rechtlichen Grundlagen der Abschiebung verschärft. Wie sehen Sie das? Wie stehen Sie zu solchen Abschiebungen wie zum Beispiel die des Hausmeisters in Unterensingen?	<b>6 Stadt, Landkreis und Bund</b> Anders als eine Kommune hält der Landkreis keine Bauflächen zur Entwicklung vor. Der Landkreis hat Flächen für seine Landratsämter, Schulen oder Krankenhäuser. Wenn er sich einer solchen Herausforderung gegenüberstellt, kann er lediglich auf begrenzte Möglichkeiten zurückgreifen. Anstatt den Landkreis dafür zu kritisieren, fördern wir eine Beschränkung insbesondere der illegalen Einwanderung. Zudem begrüßen wir es, dass der Landkreis nicht gleichzeitig mit den Kommunen am Markt Wohnungen und Bauflächen sucht und sich damit als Preistreiber betätigt. Wir finden es nicht gut, dass in der Kirchheimer Vorstadt das Containerdorf entsteht. Aber auch der Landkreis steht mit dem Rücken zur Wand und wer das kritisiert, muss machbare Alternativen bieten. Diese machbaren Alternativen heißen nicht, sich irgendwo anders den Platz zu suchen. In LE besitzt der Landkreis keine Flächen, stünde also im Wettbewerb mit der dortigen Stadtverwaltung. Zudem wird die vorläufige Unterbringung bei der darauffolgenden Anschlussunterbringung angerechnet. D.h., dass die hohe Zahl an kreis-eigenen Unterkünften für die Stadt Nürtingen später zu weniger Zuweisungen führt. Damit wird wiederum ein solida-rischer Ausgleich geschaffen. Wie bereits oben beschrieben unterstützen wir die Ankündigung des Kanzlers, „im großen Stile abzuschieben“ und warten auf Vollzug. In der Konsequenz bedeutet dies in einem Rechts-staat, dass es sich letztendlich um eine juristische Klärung handeln muss, wer in Deutschland Schutz genießen kann und keine Ermessensentscheidung ist. Deshalb halten wir von weiteren Entscheidungsebenen nichts. Gleichwohl sind wir dafür, dass bei konkreten Abschiebungen diejenigen, die straffällig geworden sind oder keiner Beschäftigung nachgehen wollen, bevorzugt werden und nicht die-jenigen, die mit Arbeit versuchen, ihren Platz bei uns zu finden. Hier wünschen wir uns mehr Fingerspitzengefühl der Behörden, die auch der Akzeptanz bei den Menschen helfen würde. Unsere Möglichkeiten in Nürtingen sind begrenzt und auch ausgeschöpft. Forderungen z.B. nach „sicheren Häfen“ und/oder der zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen über die Pflicht hinaus sehen wir als nicht realistisch an. Es ist leicht, solche Forderungen aufzustellen, wenn es andere sind, die die Folgen und Kosten zu tragen haben.	<b>6 Stadt, Landkreis und Bund</b> 6.1. Wir würden uns dafür einsetzen, umgehend die Stadt, die betroffenen Bürger*innen und den Landkreis zusammen zu bringen, die Maßnahme zu begründen und, falls sie unum-gänglich ist, für Verständnis werben. Wir würden die best-mögliche, intensive soziale Betreuung und wirksame Integrationsbemühungen einfordern. 6.2. Der Landkreis kann in Kommunen Erstunterkünfte ein-richten, wenn er in der Kommune ausreichende Flächen dafür besitzt oder sie ihm zur Verfügung gestellt werden. Ist das nicht der Fall, hat er schlechte Karten. Solche Kommunen bekom-men eine deutlich höhere Zuweisung von Geflüchteten zur Anschlussunterbringung. Die Unterkünfte dafür müssen durch die Kommunen bereitgestellt werden. Eine Idee wäre, die Zu-weisungsquote für Kommunen ohne Erstunterkunft nochmals zu erhöhen und im Gegenzug für Kommunen mit mehreren Erstunterkünften entsprechend zu verringern. 6.3. Ja, im Sinne einer faktenbasierten menschlichen Migrationspolitik. Bei Abschiebebeschluss unbedingt indivi-duelle Prüfung rechtzeitig vor Umsetzung des Beschlusses. 6.4. Schutzsuchende Menschen haben Anrecht auf Asyl. Daran ist nicht zu rütteln. 6.5. Skandalös, erschreckend und unserer Gesellschaft nicht würdig. Darf sich nicht wiederholen.	<b>6 Stadt, Landkreis und Bund</b> 6.1. Dadurch kann nur die Ablehnung und die Ängste gegen-über den geflüchteten Menschen verstärkt werden. Die Stadt-verwaltung und der Gemeinderat muss dann vom Landkreis ein transparentes Vorgehen verlangen. 6.2. An die Fairness appellieren, dass es in allen großen Kreis-städten eine Erstunterbringung gibt. Und wenn das auf Dauer nichts nützt, sollte darüber nachgedacht werden, dass sich diese Kommunen finanziell an den Personalkosten für die Begleitung und Unterstützung beteiligen. 6.3. Ja, abhängig davon, wie der einzelne Mensch integriert ist, u.a. Arbeitsstelle hat. Unbedingt sollte die Kommune hier ein-bezogen werden. 6.4. Das würden wir unterstützen. 6.5 Eine Abschiebung wie die des Hausmeisters ist uns völlig unverständlich. Solche Entscheidungen können nicht aufgrund der Aktenlage entschieden werden. Es stößt bei allen auf völliges Unverständnis	